

Herr
Hans Rudolf Forrer
Landratspräsident
Rathaus
8750 Glarus



Interpellation

Monitoring häusliche Gewalt, Gewalt unter Jugendlichen und Gewalt an LBG-Personen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mollis,
21. Juni 2021

Gestützt auf Art. 82 der Landratsverordnung reichen wir folgende Interpellation ein:

Anstieg der Fälle häuslicher Gewalt

Laut Medienmitteilung der Opferberatung der Sozialen Dienste Kanton Glarus vom 25. März 2021 geht man im Kanton Glarus davon aus, dass die Einschränkung der Bewegungsfreiheit zur Eindämmung des Coronavirus zu einem Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt führen. Jedes Opfer einer Gewalttat ist eines zu viel.

Sozialdemokratische
Partei
des Kantons Glarus

Landratsfraktion

www.spglarus.ch

Rechtliche Ausgangslage

Laut der Istanbul-Konvention, die am 1. April 2018 auch für die Schweiz in Kraft getreten ist, ist der Kanton Glarus verpflichtet, gegen Gewalt gegenüber Frauen und gegen häusliche Gewalt vorzugehen. Die Eckpfeiler des Übereinkommens sind die Bereiche Gewaltprävention, Opferschutz, Strafverfolgung sowie ein umfassendes und koordiniertes Vorgehen.

Am 9. Februar 2020 sagte die Schweiz und der Kanton Glarus zudem Ja zum Schutz von LGB-Menschen vor Hass, indem die Anti-Rassismus Strafnorm auf homophobe Aufrufe zu Hass (Art. 261bis StGB) erweitert wurde.

Hilfestellung durch die Opferberatung und Sozialen Dienste

Die Hilfestellung für Opfer von häuslicher Gewalt, für allgemeine Gewaltopfer oder für Opfer von Aufruf zum Hass gehören zum Grundauftrag der öffentlichen Hand. Die Opferberatung versuchte laut eigener Medienmitteilung, ihr Angebot zugunsten von Opfern auch unter den durch die Covid-19 Massnahmen erschwerten Bedingungen aufrecht zu erhalten.

Laut unserer Recherchen setzen sich die Opferberatungsstelle und die Sozialen Dienste des Kantons Glarus im Bereich der Gewaltprävention und dem Schutz der Opfer sehr ein - neu auch mit einem Angebot für Beratungen für gewaltausübende Personen.

Wir fragen uns, ob die Polizei und Staatsanwaltschaft sich ebenfalls einbringen, respektive ob die Zusammenarbeit aller involvierten Stellen institutionalisiert ist. Werden zum Beispiel gewaltausübende Personen an die Sozialen Dienste verwiesen (wie dies in anderen Kantonen geschieht), damit der Teufelskreis der Gewalt unterbrochen werden kann oder setzt man nur auf eine repressive Haltung? Gleichzeitig fragen wir uns, ob die Sozialen Dienste zusätzlich Unterstützung brauchen, um dem gesetzlichen Auftrag in der jetzigen Lage vollumfänglich nachkommen können.

Monitoring - Fragen an den Regierungsrat

Die SP möchte in erster Linie wissen, ob der Kanton ein Monitoring installiert hat, um seine präventiven, schützenden und repressiven Massnahmen zu koordinieren und auf deren Wirksamkeit zu prüfen. Man muss zuerst wissen, wo es brennt, um den Hebel am richtigen Ort anzusetzen.



- Was unternimmt der Kanton in den folgenden drei Säulen:
 - 1) Verhütung von (erneuter) Gewalt: Welche Präventionsmassnahmen wurden im Allgemeinen bereits ergriffen? Sind weitere angedacht? Welche Massnahmen sieht der Kanton Glarus für gewaltausübende Personen vor?
 - 2) Schutz der Opfer: Welche Massnahmen wurden zur Unterstützung und zum Schutz von Opfern ergriffen - einschliesslich der Sicherstellung des Zugangs zu Beratungsstellen?
 - 3) Verfolgung der Täter: Was wird in diesem Bereich unternommen?
- Welche Stellen arbeiten bezogen auf die drei Säulen auf welche Art und Weise bei dieser gemeinsamen Aufgabe zusammen?
- Wird im Kanton ein Monitoring geführt (Anzahl Fälle/ Art der Übergriffe (z. B. im Affekt, geplant, mit Waffen)/ Ort der Übergriffe (z. B. zu Hause, im Ausgang, beim Bahnhof XY)/ Grund der Übergriffe/ wer sind die Opfer (z. B. Frauen, LBG-Menschen, Jugendliche)? Wenn ja, welche Stellen machen dies und wie sehen die Zahlen aus? Wenn nein, wann wird ein Monitoring eingeführt?
- Gibt es Bestrebungen die Grösse der Dunkelziffer zu eruieren? Wie wird das gemacht?
- Wer ist im Kanton Glarus für die Umsetzung der Istanbul-Konvention und der erweiterten Anti-Rassismus Strafnorm verantwortlich und koordiniert die Massnahmen?
- Sensibilisierung der Bevölkerung: Was wird hierzu unternommen?
- Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die bisher ergriffenen Massnahmen ausreichen? Falls nein, wie plant er die Massnahmen zu verstärken? Falls ja, wie kann die Abnahme der Fälle belegt werden?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen und verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung.

Im Namen der SP-Fraktion

Three handwritten signatures in black ink are shown. From left to right: Samuel Zingg, Sabine Steinmann, and Christian Büttiker.

Samuel Zingg
Landrat

Sabine Steinmann
Landrätin

Christian Büttiker
Fraktionspräsident